ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Nierhaus, Wolfgang

Article

Deutschlandprognose 2005: weiter aufwärts ohne Schwung

ifo Dresden berichtet

Provided in Cooperation with:
Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Nierhaus, Wolfgang (2005) : Deutschlandprognose 2005: weiter aufwärts ohne Schwung, ifo Dresden berichtet, ISSN 0945-5922, ifo Institut, Niederlassung Dresden, Dresden, Vol. 12, Iss. 1, pp. 14-26

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/169746

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Deutschlandprognose 2005: Weiter aufwärts ohne Schwung[1]

zusammengefasst von Wolfgang Nierhaus[2]

Überblick: Konjunktur verliert weltweit an Fahrt

Im Laufe des letzten Jahrzehnts haben sich die Wachstumsperspektiven für die Weltwirtschaft in bemerkenswerter Weise verbessert. Gründe dafür sind zum einen die Integration der ehemaligen Ostblockländer sowie vieler Schwellenländer, vor allem China, in die weltwirtschaftliche Arbeitsteilung, die das Wachstumspotenzial in diesen Ländern gewaltig erhöht hat. Zum anderen haben neue technologische Entwicklungen auf dem Sektor der Informationstechnologie (IT) neue Produktivitäts- und Wachstumspotenziale erschlossen. Die Auswirkungen auf die einzelnen Länder und Weltregionen sind jedoch sehr unterschiedlich. Beide Faktoren sind mit einem hohen strukturellen Anpassungsprozess auch in den Industrieländern verbunden. Inwieweit es gelingt, daran zu partizipieren, hängt entscheidend von der Flexibilität der einzelnen Volkswirtschaften ab, insbesondere auch auf dem Arbeitsmarkt.

Die Weltwirtschaft hat im vergangenen Jahr, zusätzlich getrieben von einer sehr expansiven Geld- und Fiskalpolitik in den **USA**, das höchste Wachstumstempo seit fast drei Jahrzehnten erreicht. Seit Mitte 2004 hat die Weltkonjunktur allerdings nun wieder etwas an Fahrt eingebüßt. Nach den Ergebnissen des ifo World Economic Survey (WES) ist das Weltwirtschaftsklima im IV. Quartal deutlich gesunken, es liegt aber immer noch über dem langjährigen Durchschnitt. In den USA hat sich die Konjunktur im Verlauf des Jahres 2004 nur wenig abgeschwächt. Zwar ebbte der massive finanzpolitische Stimulus ab. Auch hat sich der Preisauftrieb infolge der Verteuerung von Energieträgern zuletzt merklich beschleunigt (+3,5 % im Vorjahresvergleich). Die monetären Rahmenbedingungen sind allerdings immer noch sehr günstig, obwohl die Fed die Federal Funds Rate seit Juni schrittweise um 125 Basispunkte auf 2,25 % angehoben hat. Im III. Quartal betrug das Wachstum der US-Wirtschaft im Vergleich zum Vorquartal 4,0 % (laufende Jahresrate), bei negativem Realzins nach wie vor getragen vom privaten Konsum und dem Export. In **Japan** hat sich dagegen die Konjunktur im Sommerhalbjahr 2004 deutlich abgekühlt, die gesamtwirtschaftliche Produktion war zuletzt nur unwesentlich höher als ein Quartal zuvor (0,2 % laufende Jahresrate). Die inländische Verwendung expandierte sehr verhalten, der Exportüberschuss nahm sogar ab. In der **Europäischen Währungsunion** (EWU) verringerte sich das Expansionstempo ebenfalls; der hohe Ölpreis und die Euroaufwertung fordern inzwischen ihren Tribut. Zugpferd war weiterhin die Auslandsnachfrage, die sich trotz der kräftigen neuerlichen Aufwertung des Euro behauptete. Die bislang stagnierende Investitionstätigkeit zog erstmals etwas an, der private Konsum blieb allerdings schwach. Die Arbeitslosigkeit nahm bis zuletzt saisonbereinigt zu, die Arbeitslosenquote betrug im November 2004 unverändert 8,9 %.

Auch in Deutschland verlangsamte sich die Konjunktur in der zweiten Jahreshälfte 2004; im Jahresdurchschnitt stieg das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) nach ersten Schätzungen des Statistischen Bundesamts um 1,7 %. Da ½ Prozentpunkt dieser Mehrproduktion auf eine überdurchschnittlich große Zahl an Arbeitstagen zurückzuführen ist, wird die konjunkturelle Grundtendenz besser von der Veränderung der kalenderbereinigten Produktion wiedergegeben, die bei nur 1,1 % liegt. Ausschlaggebend für das Ergebnis war der kräftige Anstieg der Exporte, der den Importzuwachs deutlich übertraf. Die daraus resultierende Zunahme des Außenbeitrags trug zum Anstieg des Bruttoinlandsprodukts allein 1,2 Prozentpunkte bei. Die inländische Verwendung nahm dagegen vergleichsweise schwach zu, ihr Wachstumsimpuls lag nur bei 0,5 Prozentpunkten. Dabei haben sich die staatlichen Konsumausgaben etwas erhöht (0,4 %), während die privaten Konsumausgaben bei erneut steigender Sparquote leicht rückläufig (–0,3 %) waren. Die Bruttoanlageinvestitionen lagen erneut unter Vorjahresniveau, allerdings war der Rückgang mit 0,7 % deutlich geringer als in den drei vorangegangenen Jahren. Der Vorratsabbau fiel ebenfalls geringer aus als im Vorjahr und trug damit per saldo positiv zur Entwicklung der inländischen Verwendung bei.

Auf dem Arbeitsmarkt blieb die Lage desolat. Zwar ist die Zahl der Erwerbstätigen nach revidierten Berechnungen des Statistischen Bundesamts seit Jahresanfang 2004 leicht gestiegen. Doch handelte es sich hierbei primär um eine Ausweitung von geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen (Mini-Jobs) sowie zusätzlichen Ich-AGs.

[1] *Überarbeitete und gekürzte Fassung der ifo Konjunkturprognose von Dezember 2004. Vgl. G. Flaig et al.; ifo Konjunkturprognose 2005: Abgehängt von der Weltkonjunktur, in: ifo Schnelldienst 24/2004; S. 15–53.*

[2] *Wolfgang Nierhaus ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am ifo Institut für Wirtschaftsforschung, München.*

Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten war saisonbereinigt dagegen bis zuletzt rückläufig. Die Zahl der Arbeitslosen, die im Laufe des Jahres 2003 bis einschließlich Januar 2004 als Folge von Änderungen in der statistischen Erfassung und verschärften Anforderungen an die Verfügbarkeit im amtlichen Rechenwerk um etwa 230.000 Personen gesunken war, hat seither wieder deutlich zugenommen. Im Jahresdurchschnitt 2004 belief sie sich auf 4,38 Mill., die Arbeitslosenquote betrug 10,3 %. Der Anstieg der Lebenshaltungskosten hat sich im abgelaufenen Jahr wieder erhöht. Seit Mai 2004 pendelte die Inflationsrate um die 2-Prozentmarke, im Dezember 2003 hatte sie noch bei 1 % gelegen. Maßgeblich für den Preissprung waren die starke Verteuerung von Energieträgern, kräftige Preisanhebungen für Gesundheitsdienstleistungen im Zuge der Gesundheitsreform und die zweimalige Erhöhung der Tabaksteuer.

Ausblick 2005

Weltwirtschaft: Zunächst weiter abgeschwächtes Wachstum

Die Entwicklung der Weltwirtschaft wird im Jahr 2005 ganz wesentlich davon bestimmt, wie sich die Rohöl- und Rohstoffpreise sowie der Wechselkurs des Dollar entwickeln, und wie die Geld- und Finanzpolitik in den großen Weltregionen ausgerichtet sein wird. Der Ölpreis dürfte bei ausreichendem Angebot tendenziell im Zuge der bis weit in das Jahr hineinreichenden Verlangsamung des Aufschwungs weiter sinken. Hier wird im Jahresdurchschnitt 2005 ein Rohölpreis von 37 $ pro Barrel – bezogen auf den Composite Index – angenommen, nach etwa 38 $ im Jahre 2004.

Ein erhebliches Risiko für die internationale Wirtschaftsentwicklung bildet der Wechselkurs des US-Dollar. Vor allem gegenüber den westeuropäischen Währungen hat er ein für den Export bedrohliches Tief erreicht. Entscheidend ist, ob Japan und die ostasiatischen Schwellenländer fortfahren, die amerikanische Valuta zur Förderung ihrer Exporte zu stützen und ihre Dollarguthaben weiter zu erhöhen. Geschieht das nicht und entschließen sich die an den Dollar gebundenen ostasiatischen Währungen nicht zu einer Aufwertung – China lässt trotz Drängens ausländischer Regierungen hierfür derzeit noch keine Neigung erkennen –, dann käme der Dollarkurs und mit ihm die weltwirtschaftliche Entwicklung in erhebliche Turbulenzen. Aber auch die amerikanische Finanzpolitik und damit die Konjunktur in den USA geriete wegen der bei Null liegenden Sparquote der privaten Haushalte in eine Krise, da die Finanzierung des bei 4 bis 4½ % des BIP liegenden Haushaltsdefizits dann nicht mehr wesentlich durch die Käufe von Bonds durch ostasiatische Zentralbanken erfolgen kann. Interventionen zur Stützung des Dollarkurses haben vermutlich den größten Erfolg, wenn sie im internationalen Verbund unter Mitwirkung der US-Regierung durchgeführt werden. Hier wird angenommen, dass der Wechselkurs des Dollar im Durchschnitt des Jahres 2005 bei 1,33 $ je € liegen wird, was gegenüber einem Kurs von 1,24 im Jahr 2004 und 1,13 im Jahr 2003 nochmals eine Aufwertung bedeutet.

Von der Geld- und Finanzpolitik wird die Weltwirtschaft weniger als bisher stimuliert. So lässt die expansive Wirkung der Geldpolitik allmählich nach, zumal in den USA der Leitzins weiter erhöht wird. In China sind allerdings kaum weitere monetäre Restriktionen zu erwarten. Die Finanzpolitik der westlichen Industrieländer wird etwa konjunkturneutral wirken.

Alles in allem wird die Weltkonjunktur im laufenden Jahr deutlich aufwärts gerichtet bleiben. Bei schwächer werdenden wirtschaftspolitischen Anstößen und dem Durchwirken der zurückliegenden Verteuerung von Erdöl und Industrierohstoffen verliert sie allerdings, und das gilt wiederum annähernd simultan für alle großen Regionen, bis über die Jahresmitte hinaus allmählich weiter an Dynamik. Hierauf lässt auch der vom ifo Institut erhobene World Economic Survey schließen. Anschließend machen sich die Wirkungen der Energie- und Rohstoffverbilligung zunehmend stimulierend bemerkbar, da sinkende Teuerungsraten steigende Reallöhne und damit eine Stützung des privaten Konsums bedeuten. Die Investitionen werden weiter von den immer noch niedrigen Zinsen und der im Allgemeinen günstigen Ertragslage stimuliert sowie von der Notwendigkeit, auf den härter werdenden internationalen Wettbewerb mit Rationalisierungs- und Ersatzinvestitionen zu reagieren und auch in Produktinnovationen zu investieren. Im weiteren Verlauf des zweiten Halbjahrs dürfte die Weltkonjunktur wieder anziehen, wiederum maßgeblich angeregt durch die Entwicklung in den ostasiatischen Schwellenländern. Das reale Bruttoinlandsprodukt wird im Jahr 2005 vermutlich um 4,3 % expandieren.

In den westlichen Industrieländern ist in diesem Jahr mit einer Veränderungsrate von 2¾ %, in den USA von 3 %, im Euroraum von 1½ % und in Japan von 1¼ % zu rechnen. Der Preisauftrieb wird im Laufe des Jahres schwächer. Auch erschwert der schärfere Konkurrenzkampf eine Ausweitung der Gewinnmargen. Doch bilden sich die Inflationsraten im Jahresdurchschnitt wegen des Anfang 2005 bestehenden Überhangs gegenüber 2004 im

Allgemeinen nur wenig zurück. Der Welthandel nimmt in einer Größenordnung von 7½ % zu, nach ungefähr 10 % im abgelaufenen Jahr.

Deutschland

Das deutsche Exporträtsel – Zur Schwäche der Binnenkonjunktur

Die deutsche Konjunktur zeigt sich am Jahresanfang 2005 weiterhin labil. An dem geradezu dramatischen Boom der Weltwirtschaft, der alles in den Schatten stellt, was während des letzten Vierteljahrhunderts beobachtet werden konnte, hat die deutsche Wirtschaft noch immer nicht wirklich Anteil. Es gibt zwar einen Aufschwung, doch ist er angesichts der hohen Verflechtung der deutschen Wirtschaft mit der Weltwirtschaft enttäuschend schwach. Deutschland ist von der Weltkonjunktur entkoppelt und liegt nach wie vor beim Wachstum unter dem Durchschnitt der alten EU-Länder.

Konnte man das geringe Wachstum der Jahre 2001 bis 2003 noch auf einen weltwirtschaftlichen Nachfragemangel schieben, scheidet diese Erklärung heute aus. Das fünfprozentige Rekordwachstum der Weltwirtschaft wird sogar noch von dem Wachstum der deutschen Exporte übertroffen (+8,2 %). Da Deutschland sich auf die Produktion von Investitions- und Vorleistungsgütern spezialisiert hat, profitiert die deutsche Konjunktur von dem Umstand, dass die Industrieproduktion und die Investitionen der Welt noch schneller wachsen als das Weltsozialprodukt. Das enorme Exportwachstum scheint nicht zu dem geringen Wachstum des Bruttoinlandsprodukts zu passen, denn es bedeutet wegen der Exportquote von gut 37 % für sich genommen bereits einen Wachstumsbeitrag von 3,1 Prozentpunkten beim realen Bruttoinlandsprodukt. Es ist für viele ein Rätsel, warum dieser Nachfrageschub nicht zu mehr Wachstum geführt hat.

Ein Teil der Lösung des Rätsels liegt im starken Anstieg der Importe von mehr als 5½ %, der gleichzeitig stattfand. Dieses Wachstum wird zum einen durch die internationale Spezialisierung bei der Produktion von Endprodukten erklärt, die zwangsläufig mit der Globalisierung einhergeht und im Durchschnitt der Länder Ex- und Importe wesentlich schneller wachsen lässt als das Weltsozialprodukt. So richtet sich wegen dieses Effektes ein ständig wachsender Anteil der deutschen Nachfrage nach Endprodukten auf Importgüter. Diese Nachfrage geht der heimischen Wirtschaft verloren. Zum anderen führt die Mehrnachfrage nach Exportgütern zu zusätzlichen Importen von Zwischenprodukten, die bei der Produktion in Deutschland benötigt werden, sowie zu Importen von Handelswaren, die direkt exportiert werden. Der Sachverständigenrat hat, gestützt auf Zahlen des Statistischen Bundesamts, in seinem neuesten Jahresgutachten den Anteil dieser direkt mit den Exporten verbundenen Importe für das Jahr 2004 wertmäßig auf 40 % geschätzt.[3] Zugleich hat er festgestellt, dass dieser Anteil im Laufe der Zeit erheblich gewachsen ist. Das ifo Institut, das diesen Effekt zuvor bereits für die Klasse der Industriegüter festgestellt hatte, hat dafür den Namen Basar-Effekt geprägt.[4]

Aber der Basar-Effekt und der Spezialisierungseffekt sind nur ein Teil der Erklärung dafür, dass der ausländische Nachfrageimpuls sich konjunkturell nur wenig in Deutschland ausgewirkt hat. Es kommt hinzu, dass im Jahr 2004 weder die private Investitionsnachfrage noch die private Konsumnachfrage irgendwelche Wachstumsimpulse geliefert haben. Dass dennoch insgesamt ein Wachstum von 1,7 % herauskam, lag im Wesentlichen an einer starken Zunahme der Lagerinvestitionen. Der Wachstumsbeitrag der Lagerinvestitionen bezüglich des realen Bruttoinlandsprodukts liegt für sich genommen bereits bei 0,7 Prozentpunkten.

Es gibt unterschiedliche Hypothesen dafür, warum die Binnennachfrage so schwach war. Eine populäre Hypothese führt dies auf den schwachen Konsum infolge der nur schwachen Lohnentwicklung des Jahres 2004 zurück. In der Tat stiegen die realen Nettolöhne je Arbeitnehmer nur um 0,2 %. Diese Hypothese hält das ifo Institut aber schon deshalb nicht für überzeugend, weil sie nicht erklärt, wieso der reale Konsum fiel, während der durchschnittliche Nettoreallohn, wenn auch nicht kräftig, zunahm.

Vor allem aber lässt sie unberücksichtigt, dass die Sparquote seit einigen Jahren ständig gestiegen ist, was durch die wachsende Zukunftsangst der deutschen Arbeitnehmer erklärt werden kann. Die Angst hat viele Ursachen. Das Spektrum reicht von der Erkenntnis wachsender Finanzierungsprobleme des Staates über den daraus resultierenden Sozialabbau bis hin zur Häufung von Negativmeldungen über die Schließung und Verlagerung von Betrieben und den damit einhergehenden Verlust des Arbeitsplatzes. Die Angst veranlasst die Konsumenten, den Kauf langlebiger Konsumgüter

[3] *Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Erfolge im Ausland- Herausforderungen im Inland, Jahresgutachten 2004/05, November 2004.*

[4] *Vgl. H.-W. Sinn, Basarökonomie, Ifo Standpunkt Nr. 50, 2003. Auch erschienen als „4,5 Millionen Verlierer", Die Zeit, 22. 12. 2003, S. 28, sowie R. Hild, Produktion, Wertschöpfung und Beschäftigung im verarbeitenden Gewerbe, in: ifo Schelldienst 7, 2004.*

zurückzustellen und sich auf das Nötigste zu beschränken. Sie dominiert vermutlich den bloßen Einkommenseffekt auf den Konsum.

Eine zurückhaltende Lohnpolitik kann für diese Angst nicht verantwortlich gemacht werden, im Gegenteil. Es ist ein Faktum, dass die Lohnpolitik der vergangenen Jahrzehnte deutlich über die Entwicklung der Vollbeschäftigungsproduktivität hinausging und die auf diese Weise selbst erzeugte „Entlassungsproduktivität" zum Maßstab weiterer Lohnerhöhungen genommen hat.[5] Auch die üblichen Lohnstückkostenberechnungen kranken an diesem Fehler; sie blenden die Nullproduktivität der Entlassenen aus der Berechnungsgrundlage aus und verdunkeln auf diese Weise den Blick auf die Fakten. Wenn die in diesem Sinne ausufernden Lohnsteigerungen der Vergangenheit die Arbeitslosigkeit und die Finanzierungsprobleme des Staates verursacht haben, sind sie es, die heute die Angst der Menschen und ihre Konsumschwäche maßgeblich erklären. So gesehen, kann man den Versuch, den Fehler der Vergangenheit rückgängig zu machen und die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Arbeitnehmer durch Lohnzurückhaltung zu steigern, schwerlich als Erklärung der Konsumschwäche ins Feld führen. Im Gegenteil: würden die Gewerkschaften wieder zu einer aggressiven Lohnpolitik zurückkehren, müsste man befürchten, dass die Forcierung der Entlassungen, die dies provozieren würde, das Konsumklima nur noch stärker beeinträchtigen würde, ungeachtet der positiven Einkommenseffekte, die eine solche Politik kurzfristig vielleicht hätte.

Im Übrigen würde eine aggressive Lohnpolitik der Gewerkschaften die Binnennachfrage auch deshalb beeinträchtigen, weil sie die Investitionsneigung verringern würde. Investitionen sind genau so und im gleichen Sinne Binnennachfrage, wie privater Konsum es ist. Sie hängen von Gewinnerwartungen ab, und Gewinnerwartungen werden durch hohe Lohnforderungen zerstört. Selbst wenn Lohnerhöhungen in der heutigen Zeit noch einen positiven Effekt auf den privaten Konsum ausüben würden, so wäre doch völlig unklar, ob dadurch die gesamtwirtschaftliche Nachfrage vergrößert werden könnte. Angesichts der hohen Sensitivität der unternehmerischen Gewinnerwartungen ist zu erwarten, dass die Investitionen stärker reagieren würden und auch in diesem Fall per saldo ein Nachfrageverlust entstünde.

Die Schwäche der Investitionen ist das eigentliche Problem in dieser konjunkturellen Phase, nicht die Schwäche des Konsums. Frühere Expansionsphasen der Weltwirtschaft übertrugen sich üblicherweise mit nur geringer Verzögerung in die inländische Investitionsgüternachfrage, und der Konsum folgte nach. Im Gefolge verzeichnete man damals Wachstumsraten der Ausrüstungsinvestitionen bis zu 10 % und selbst das Gesamtaggregat der Bruttoanlageinvestitionen einschließlich der Bauinvestitionen stieg um die 6 %. Dass der gegenwärtige Boom der Weltwirtschaft die deutschen Investitionen nicht mitzieht, ist in historischer Perspektive ein ungewöhnliches Ereignis.

Der Attentismus der Investoren ist großenteils auf die Niedriglohnkonkurrenz zurückzuführen, die sich in Osteuropa, China und anderswo etabliert hat. Riesige Massen williger Arbeitnehmer konkurrieren mit den deutschen Arbeitnehmern um das Kapital, das früher durch den Eisernen Vorhang daran gehindert wurde, sich über die Welt zu verbreiten. Sie bieten den Investoren trotz aller Standortnachteile in vielen Fällen die ertragreichere Investitionsalternative und veranlassen sie, zumindest darüber nachzudenken, ob sie die Weltnachfrage nach den eigenen Produkten wirklich von Deutschland aus befriedigen sollen.

Die deutschen Unternehmen reagieren auf die Lohndifferenzen zunehmend durch die Verlagerung arbeitsintensiver Teile ihrer Produktionsketten in Niedriglohnländer. Outsourcing und Offshoring ermöglichen ihnen eine Mischkalkulation bei den Löhnen, die sie in die Lage versetzt, ihren Konkurrenten aus Asien und anderen Teilen der Welt die Stirn zu bieten. Sie verringern die Fertigungstiefe in Deutschland zugunsten einer Produktion in Niedriglohnländern und exportieren nach wie vor auf dem Wege über dieses Land. Weil sie einen Weg gefunden haben, sich vor dem Verlust an Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Arbeitnehmer zu schützen, bleiben sie selbst wettbewerbsfähig und exportstark. Aber Deutschland wächst nur noch wenig und bleibt europäisches Schlusslicht, weil die Kapazitäten hier zu Lande nur noch wenig ausgeweitet werden und Investitionsgüterkäufe bei deutschen Unternehmen unterbleiben, die einen unmittelbaren konjunkturellen Effekt entfalten könnten.

Die Konjunkturentwicklung im Detail: Auslastungsgrad steigt leicht

In Deutschland hat die jüngste Entwicklung von Produktion und Auftragseingang enttäuscht, im November 2004 waren beide wichtigen Konjunkturindikatoren gegenüber dem Vormonat deutlich rückläufig. Positiv ist indes zu vermerken, dass der Geschäftsklimaindex für das verarbeitende

[5] *Vgl. H.-W. Sinn, Ist Deutschland noch zu retten?, Berlin 2004, 8. Auflage, S. 113–117.*

Gewerbe im Dezember 2004 wieder deutlich gestiegen ist, nachdem er zuvor zweimal in Folge gesunken war. Sowohl die Lagebeurteilung als auch die Erwartungen waren besser als im Vormonat. Erfreulich war, dass die Produktionspläne der befragten Unternehmen im Plus blieben; auch wenn seit einigen Monaten von der Grundtendenz her eine Abschwächung zu konstatieren ist. Die Exportperspektiven wurden trotz der kräftigen Aufwertung des Euro weiterhin als gut eingestuft.

Alles in allem dürfte sich das konjunkturelle Bild in Deutschland allmählich wieder etwas aufhellen. Die Investitionen werden steigen, auch der private Konsum dürfte sich beleben. Die Exporte bleiben angesichts des immer noch günstigen internationalen Umfelds weiterhin eine wichtige Stütze der Konjunktur; ihr Anstiegstempo wird sich aber verringern. Im Jahresdurchschnitt 2005 dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt um 1,2 % steigen, nach Ausschaltung von Kalenderschwankungen sogar um 1,4 %. Da das Trendwachstum in Deutschland lediglich bei gut 1 % liegt, wird damit für den Prognosezeitraum eine Verbesserung des gesamtwirtschaftlichen Auslastungsgrads prognostiziert. Im Jahresdurchschnitt 2005 dürfte das Output-Gap aber immer noch negativ sein. Die Arbeitsmarktsituation wird dabei desolat bleiben; in der Spitze wird die Arbeitslosenzahl bei Einrechnung der Hartz-IV-Reform[6] sogar auf 5,1 Mill. klettern.

Exportklima kühlt sich ab

Die deutschen Exporteure profitierten im ersten Halbjahr 2004 im Vergleich zu anderen europäischen Handelspartnern – insbesondere gegenüber französischen und italienischen Exporteuren – überdurchschnittlich von der weltwirtschaftlichen Dynamik. Zum einen wurde im einsetzenden weltwirtschaftlichen Aufschwung vorrangig die Nachfrage nach Vorleistungs- und Investitionsgütern ausgeweitet, sodass die Stärke der deutschen Exportstruktur voll zum Tragen kam, zum anderen konnten nun die bereits gut ausgebauten Handelsbeziehungen zu den neuen Mitgliedsländern der Europäischen Union und den asiatischen Schwellenländern genutzt werden. Dazu hat beigetragen, dass die Wirtschaftsschwäche in Deutschland die Preise langsamer als in anderen europäischen Ländern hat ansteigen lassen. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exportwirtschaft hat sich im Vergleich zur Konkurrenz im Euroraum seit Ende 2002 spürbar verbessert. Parallel zur Abschwächung der Weltkonjunktur verringerte sich die Auslandsnachfrage im III. Quartal dann aber sehr deutlich. Hinzu kam die neuerliche Aufwertung des Euro, die die relativen deutschen Preise außerhalb der Euroländer erhöhte. Für das Jahr 2005 wird angenommen, dass die deutschen Exporteure nicht mehr in gleichem Maße an der lebhaften weltwirtschaftlichen Nachfrage partizipieren können wie im vergangenen Jahr. Die reale Ausfuhr dürfte um 5,0 % expandieren, nach einem Plus von 8,2 % im vergangenen Jahr.

Wenig Dynamik bei den Ausrüstungsinvestitionen

Die Investitionen der Unternehmen in Ausrüstungsgüter haben sich im vergangenen Jahr leicht erholt. Saisonbereinigt standen einem kräftigen Rückgang im I. Quartal 2004 Zuwächse im II. und III. Quartal gegenüber. Der deutliche Anstieg der Investitionsausgaben im III. Quartal war aber eher als Reaktion auf den Nachholbedarf zu werten, der sich in den vergangenen Quartalen aufgestaut hat, denn als Anzeichen für eine jetzt anspringende verstärkte Investitionsdynamik. Darauf deuten sowohl die Inlandsaufträge bei den Investitionsgüterproduzenten hin, die trotz eines guten Oktoberwertes im Trend seit dem Frühjahr stagnieren, als auch der schon seit Monaten zunehmende Pessimismus bei den Geschäftserwartungen des verarbeitenden Gewerbes. Dass diese Erwartungen sich bei der jüngsten Umfrage des ifo Instituts wieder verbessert haben, kann noch nicht als Trendänderung interpretiert werden.

Bis zum Frühjahr 2005 ist deshalb nicht mit einer weiteren Belebung der Investitionstätigkeit zu rechnen. Der kräftige Exportzuwachs löste bisher keinen Investitionsaufschwung aus, weil die Kapazitäten unterausgelastet waren und es angesichts der schwachen Absatzperspektiven im Inland und des niedrigeren Kostenniveaus im benachbarten EU-Ausland nicht rentabel war, sich in Deutschland stärker zu engagieren. Ein verstärkter Ersatzbedarf, günstige Finanzierungsbedingungen und die verbesserte Gewinnlage der Unternehmen lassen jedoch eine moderate Ausweitung der Ausrüstungsinvestitionen im Verlauf des Jahres erwarten. Auch bei den Investitionen in sonstige

[6] *Das ifo Institut hat in der vorliegenden Prognose versucht, wesentliche Wirkungen von Hartz IV näherungsweise zu erfassen. Die Darstellung der Ergebnisse folgt dem Vorgehen im jüngsten Gemeinschaftsgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute. Die voraussichtlichen kurzfristigen Folgen für die Zahl der registrierten Arbeitslosen und die Erwerbstätigkeit werden in Box 1 gesondert dargestellt. Die finanz- und gesamtwirschaftlichen Wirkungen der Reform wurden in Höhe der von der Bundesregierung erwarteten Einsparungen in den öffentlichen Haushalten sowohl der öffentlichen Finanzen als auch der Einkommen der privaten Haushalte berücksichtigt. Darüber hinausgehende Einkommenseffekte bei den Beziehern von Arbeitslosengeld II wurden nicht eingestellt, was nicht bedeuten soll, dass das ifo Institut auf mittlere Sicht hier keine Einkommenswirkungen erwartet. Die Erwerbstätigenrechnung für das Jahr 2005 wird weitgehend entsprechend dem 2004 geltenden Recht dargestellt, d. h. die von Hartz IV ausgehenden Arbeitsmarktwirkungen wurden nicht berücksichtigt. So ist eine bessere Vergleichbarkeit wichtiger Kennziffern gewährleistet.*

Tabelle 1: Eckdaten der Prognose für die Bundesrepublik Deutschland

	2002	2003	2004	2005[a]
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr[b]				
Private Konsumausgaben	–0,7	0,0	–0,3	0,8
Konsumausgaben des Staates	1,9	0,1	0,4	0,4
Bruttoanlageinvestitionen	–6,4	–2,2	–0,7	1,0
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	–7,2	–0,9	1,4	3,8
Bauten	–5,8	–3,2	–2,5	–1,5
Inländische Verwendung	–1,9	0,5	0,5	0,9
Exporte	4,1	1,8	8,2	5,0
Importe	–1,6	4,0	5,7	6,5
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	0,1	–0,1	1,7	1,2
Erwerbstätige[c] (in 1.000 Personen)	38.696	38.314	38.442	38.587
Arbeitslose (in 1.000 Personen)	4.061	4.377	4.381	4.466
Arbeitslosenquote[d] (in %)	9,5	10,3	10,3	10,4
Verbraucherpreise[e] (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	1,4	1,1	1,6	1,4
Finanzierungssaldo des Staates[f]				
- in Mrd. €	–77,5	–81,3	–84,5	–69,1
- in % des Bruttoinlandsprodukts	–3,7	–3,8	–3,9	–3,1
nachrichtlich:				
Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum[g] (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	0,9	0,5	1,8	1,5
Verbraucherpreisindex im Euroraum[g, h] (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	2,3	2,1	2,1	2,0

a) Prognose des ifo Instituts. – b) In Preisen von 1995. – c) Im Inland. – d) Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Arbeitslose und Erwerbstätige). – e) Verbraucherpreisindex (VPI, 2000=100). – f) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Geamtrechnung. – g) Angabe für 2004 geschätzt. – h) Verbraucherpreisindex (HVPI-EWU).

Quellen: Eurostat, Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit, Schätzungen des ifo Instituts.

Anlagen ist nach der annähernden Stagnation in den Jahren 2002 und 2003 mit einem verstärkten Nachholbedarf zu rechnen. Zusammengenommen dürften die Investitionen in Ausrüstungen und sonstige Anlagen in diesem Jahr um real 3,8 % zunehmen (2004: 1,4 %).

Bauinvestitionen bleiben schwach

Eine größere Bedeutung für die Entwicklung der inländischen Verwendung als die Ausrüstungsinvestitionen haben die Bauinvestitionen. Im **Wohnungsbau** sind die Investitionen in den ersten drei Quartalen des Jahres 2004 deutlich zurückgegangen und folgten damit weiter dem langjährigen Abwärtstrend. Die privaten Haushalte hatten zwar in den letzten Jahren vermehrt Baugenehmigungen beantragt, um sich den Anspruch auf die Eigenheimzulage nach altem Recht zu sichern. Angesichts der Arbeitsplatzrisiken und der stagnierenden Realeinkommen wurde jedoch bisher davon nur wenig in Bauaktivitäten umgesetzt. Es ist damit zu rechnen, dass in diesem Jahr ein Teil der genehmigten Bauvorhaben realisiert wird, sodass die Abwärtstendenz im Wohnungsbau von leicht positiven Impulsen überlagert wird. Die Wohnungsbauinvestitionen werden in diesem Jahr in etwa auf dem Niveau von 2004 bleiben.

Die **gewerblichen Bauinvestitionen** sind nach vorübergehender Stabilisierung im Vorjahr im Verlaufe des Jahres 2004 wieder spürbar gesunken. Die negative Grundtendenz bei den gewerblichen Bauinvestitionen ist eine Folge des in Leerständen zum Ausdruck kommenden Angebotsüberhangs, der bei dem derzeit gegebenen schwachen gesamtwirtschaftlichen Wachstum nicht so rasch abgebaut werden kann. Deshalb ist auch in diesem Jahr mit einem weiteren Rückgang der gewerblichen Bauinvestitionen zu rechnen. Sie dürften im laufenden Jahr das Niveau des Vorjahres um 4,3 % unterschreiten.

Bei den **öffentlichen Bauinvestitionen** zeichnet sich ebenfalls noch kein Ende der Talfahrt ab. Der Rückgang dürfte in diesem Jahr aber geringer ausfallen, weil die Gemeinden steigende Einnahmen aus der Gewerbesteuer verzeichnen und die Einnahmen aus der Lkw-Maut wieder mehr Mittel für Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur frei machen werden. Für das laufende Jahr ist mit einem Sinken der öffentlichen Bauinvestitionen um 1,4 % zu rechnen. Alles in allem werden die Bauinvestitionen im Jahr 2005 um 1,5 % abnehmen, nach einem Rückgang um 2,5 % im vergangenen Jahr.

Privater Konsum bessert sich nur langsam

Der private Konsum hat im Jahr 2004 erneut enttäuscht; im Durchschnitt wurde das Vorjahresniveau um 0,3 % unterschritten. Zwar trat zu Jahresanfang 2004 eine neue Entlastungsstufe der Steuerreform 2000 in Kraft. Dämpfend wirkte aber die Gesundheitsreform, in deren Gefolge für private Hauhalte die Preise von Gesundheitsdienstleistungen kräftig stiegen. Da der durchschnittliche Beitragssatz in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) nur wenig sank, kam es per saldo zu einer merklichen Einbuße an Kaufkraft. Außerdem mussten die Rentner ab April die Beiträge voll zur Pflegeversicherung übernehmen. Nach der Jahresmitte schlug zu Buche, dass das Urlaubsgeld und Weihnachtsgeld verschiedentlich gekürzt bzw. sogar vollständig gestrichen worden war. Überdies unterblieb die turnusmäßige Erhöhung der Altersrenten. Zudem hat der erneute Höhenflug der Ölpreise Kaufkraft gebunden. Schließlich ist die Sparquote erneut gestiegen.

Im laufenden Jahr werden die Bruttolöhne und -gehälter wieder etwas stärker expandieren. Die Nettobezüge dürften allerdings verlangsamt zunehmen. Zwar ist der Steuertarif nochmals korrigiert worden (der Eingangssteuersatz wurde um 1 Prozentpunkt zurückgenommen, der Spitzensteuersatz sogar um 3 Prozentpunkte). Auch dürfte der durchschnittliche Beitragssatz zur GKV im Jahresverlauf nochmals leicht reduziert werden. Kinderlose haben jedoch einen Zuschlag zur Pflegeversicherung in Höhe von 0,25 Prozentpunkten zu leisten. Ab Juli sollen zudem Zahnersatz und Krankengeld ausschließlich durch die Mitglieder der gesetzlichen Krankenversicherung finanziert werden; dazu wird ein Sonderbeitrag in Höhe von 0,9 % des beitragspflichtigen Einkommens eingeführt. Obwohl zugleich die Beitragssätze zur gesetzlichen Krankenversicherung in dieser Höhe zurückgenommen werden sollen, ergibt sich für die Arbeitnehmer per saldo eine Mehrbelastung.

Ebenfalls nur mäßig werden sich die Sozialtransfers erhöhen, sie steigen nur um 0,4 %. Die ausgezahlten Renten werden wegen der schwachen Lohnentwicklung, des Nachhaltigkeitsfaktors, der in der Rentenformel der demographischen Entwicklung Rechnung tragen soll und des auch von Rentnern zu leistenden Zusatzbeitrages für Zahnersatz und Krankengeld zur Jahresmitte sinken. Außerdem kommt es zu Leistungskürzungen durch das neu eingeführte Arbeitslosengeld II, obwohl für bedürftige Familien ein Kinderzuschlag in Höhe von maximal 140 € pro Kind eingeführt wird. Unter Einrechnung der wieder stärker expandierenden Gewinn- und Vermögenseinkommen dürften die verfügbaren Einkommen im Jahr 2005 um 2,3 % steigen, real um 0,9 %. Bei leicht zunehmender Sparquote wird sich der reale private Konsum um 0,8 % erhöhen; er trägt damit am stärksten zum Wachstum der Binnennachfrage bei.

Verbraucherpreise steigen moderat

Der Anstieg der Verbraucherpreise hat sich im Verlauf des Jahres 2004 beschleunigt. Am Jahresanfang wurden im Rahmen der Gesundheitsreform Praxisgebühren für Arztbesuche eingeführt, Zuzahlungen für Medikamente bzw. therapeutische Mittel erhöht und die bisherigen Zuschüsse der Krankenkassen für Brillengläser gestrichen. Im März wurde überdies die Tabaksteuer zur Finanzierung versicherungsfremder Leistungen in der gesetzlichen Krankenversicherung erhöht. Im April führte die Neuregelung der Kostenübernahme für nicht verschreibungspflichtige Arzneimittel durch die gesetzlichen Krankenkassen nochmals zu einer Verteuerung von Medikamenten, auch wurden die Preise für Verkehrsdienstleistungen angehoben. Im Herbst stiegen die Preise für Mineralölerzeugnisse sehr kräftig; auch wurde im Dezember die Tabaksteuer ein zweites Mal angehoben, und die Deutsche Bahn erhöhte die Tarife. Im Jahresdurchschnitt 2004 belief sich die Inflationsrate auf 1,6 %; die Kerninflationsrate, aus der in Abgrenzung des ifo Instituts u. a. der Einfluss der stark gestiegenen Preise für Energie und

Gesundheitsleistungen herausgerechnet ist, betrug dagegen nur 0,8 % und war damit kaum höher als im Jahr 2003.

Der Preisauftrieb wird im Prognosezeitraum etwas geringer ausfallen. Die an die Ölpreisentwicklung mit zeitlicher Verzögerung gekoppelten Gaspreise werden zwar noch steigen; dies gilt auch für die Umlagen für die Fernwärme. Zu berücksichtigen sind außerdem die indirekten Preiseffekte, die sich daraus ergeben, dass teuerer gewordenes Öl als Vorleistung in die heimische Produktion eingeht. Auch wird im September 2005 die Tabaksteuer erneut angehoben. Von der Entwicklung der Arbeitskosten geht aber weiter kaum Druck auf die Preise aus. Zudem bleibt der internationale Wettbewerbsdruck hoch. Insgesamt dürfte sich die Inflationsrate im Jahresdurchschnitt 2005 auf 1,4 % belaufen.

Lage am Arbeitsmarkt bleibt prekär

Die Lage am Arbeitsmarkt bleibt trotz der konjunkturellen Erholung angespannt. Zwar ist die Zahl der Erwerbstätigen seit Beginn des Jahres 2004 saisonbereinigt um knapp 100.000 gestiegen, dies ist jedoch sehr differenziert zu sehen. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist nämlich im gleichen Zeitraum um mehr als 100.000 gesunken. Der Zuwachs der Erwerbstätigkeit resultiert damit überwiegend aus Minijobs und Ich-AGs. Viele Minijobs entstanden dabei im Handel, im Gastgewerbe und bei privaten Haushalten. In Deutschland gibt es inzwischen mehr als 4,8 Mill. ausschließlich geringfügig Beschäftigte, was mehr als 12 % aller Erwerbstätigen ausmacht. Im Jahr 2004 wird die Zahl der Erwerbstätigen mit fortschreitender Belebung der Konjunktur weiter zunehmen. Sie wird im Jahresdurchschnitt – ohne Berücksichtigung der Auswirkungen der Hartz IV-Reform – schätzungsweise um 145.000 Personen steigen.

Die Zahl der Arbeitslosen war im Laufe des Jahres 2003 bis einschließlich Januar 2004 als Folge von Statistikbereinigungen und einer geänderten Abgrenzung im amtlichen Rechenwerk rechnerisch um 230.000 Personen verringert worden. Inzwischen hat sie wieder deutlich zugenommen. Im Dezember 2004 belief sie sich saisonbereinigt auf 4,48 Mill., die saisonbereinigte Arbeitslosenquote (in % der zivilen Erwerbspersonen nach Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit) betrug 10,8 %.

Ohne Berücksichtigung der aus der Umsetzung der Hartz IV-Reform resultierenden Arbeitsmarkteffekte wird die Zahl der registrierten Arbeitslosen zunächst noch etwas zunehmen. Erst ab dem Frühsommer 2005 wird sie leicht sinken. Im Durchschnitt des Jahres 2005 wird die Arbeitslosenzahl aufgrund des starken Anstiegs in der zweiten Jahreshälfte 2004 allerdings noch um rund 85.000 höher als in diesem sein. Die Arbeitslosenquote (in % der inländischen Erwerbspersonen) wird im Jahresdurchschnitt 10,4 % betragen, nach 10,3 % im vergangenen Jahr. Einschließlich der aus der Einführung des Arbeitslosengelds II (Alg II) folgenden Effekte (vgl. Box 1) wird die Arbeitslosenzahl zunächst sehr stark steigen, dem Ursprungswert nach wird die 5-Millionen-Marke spätestens im Februar 2005 überschritten. Im weiteren Jahresverlauf dürfte sie dann aber stärker sinken, als es unter rein konjunkturellem Blickwinkel der Fall gewesen wäre. Im Jahresdurchschnitt 2005 wird die Arbeitslosenzahl unter Berücksichtigung der Hartz-IV-Reform voraussichtlich um rund 225.000 höher sein als im Jahr 2004, d. h. die Arbeitslosigkeit steigt durch die Einführung des Alg II ohne Berücksichtigung von Zweitrundeneffekten um 140.000 Personen.

Box 1: Arbeitseffekte von Hartz IV

Mit dem „vierten Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ (Hartz IV) werden ab 1. Januar 2005 die Arbeitslosenhilfe und die Sozialhilfe für Erwerbsfähige zum Arbeitslosengeld II verschmolzen. Die Reform soll die Eigenverantwortung des Bürgers stärken; zugleich wird versucht, Arbeitsplätze im Niedriglohnsektor zu schaffen. Unabhängig von möglichen längerfristigen Wirkungen sind hiervon bestimmte Effekte auf die Arbeitslosigkeit und die Erwerbstätigkeit zu erwarten.

Ab Januar 2005 müssen erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, um weiter eine Grundsicherung (Alg II) zu erhalten. Dies wird nach Schätzungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) ca. 300.000 Personen betreffen und damit die Arbeitslosenzahl zu Anfang des Jahres deutlich erhöhen. Außerdem könnten sich bisherige Leistungsempfänger nach § 428 SGB III, die älter als 58 Jahre sind, wieder arbeitslos melden, weil Leistungen eingeschränkt werden. Einen

dämpfenden Effekt auf die Zahl der Arbeitslosen wird sich voraussichtlich durch die strengere Vermögensanrechnung für bisherige Arbeitslosenhilfebezieher ergeben. Ab Januar werden auch Vermögen und Einkommen von Angehörigen der so genannten Bedarfsgemeinschaften angerechnet, was dazu führt, dass die Leistungen aus Alg II niedriger ausfallen als bei der bisherigen Arbeitslosenhilfe oder der Anspruch sogar vollständig erlischt. Als Folge könnte ein Teil der 500.000 davon betroffenen Personen die Arbeitslosmeldung im Laufe des Jahres unterlassen.

Weiterhin können allen Alg-II-Empfängern so genannte Arbeitsgelegenheiten – insbesondere „1-Euro-Jobs“ – angeboten werden. Umfasst eine solche Tätigkeit mehr als 15 Stunden in der Woche, so werden die betroffenen Personen nicht mehr zu den Arbeitslosen gezählt. Bei optimistischer Schätzung kann man davon ausgehen, dass 300.000 zusätzliche Arbeitsgelegenheiten im Laufe des Jahres geschaffen werden können. Geht man weiter davon aus, dass 80 % der fraglichen Arbeitsgelegenheiten einen Umfang von mehr als 15 Stunden in der Woche aufweisen, dann verringert dies die Arbeitslosen um ca. 240.000. Dabei eventuell auftretende Substitutionseffekte zwischen 1-Euro-Jobs mit traditionellen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und regulärer Erwerbstätigkeit sind in diesem Ansatz nicht berücksichtigt. Die Zahl der Erwerbstätigen wird sich im Rahmen von Hartz IV im Wesentlichen durch die zusätzlich geschaffenen Arbeitsgelegenheiten erhöhen. Im Jahresverlauf ergibt sich bei den hier getroffenen Annahmen ein Nettozuwachs durch 1-Euro-Jobs von 300.000 Personen.

Finanzlage der öffentlichen Hand: Weiter angespannt

Nachdem auch im Jahr 2004 eine nachhaltige Konjunkturbelebung ausgeblieben ist, hat sich die desolate Finanzlage der öffentlichen Haushalte trotz der Tatsache, dass die Ausgaben auf Vorjahresniveau verharren, keineswegs verbessert. Vielmehr betrug das Defizit im abgelaufenen Jahr 3,9 % des nominalen Bruttoinlandsprodukts, was den dritten Verstoß in Folge gegen die 3-%-Grenze des Stabilitäts- und Wachstumspakts bedeutet.

Obwohl die Bundesregierung verschiedene Maßnahmen zur Einhaltung des Defizitkriteriums plant, ist auch im Jahr 2005 nach wie vor keine nachhaltige Besserung der Situation in Sicht. Unter Berücksichtigung der Zahlungen der Landesbanken an die Bundesländer für zu Unrecht erhaltene Subventionen werden die Einnahmen um 1,9 % zunehmen. Bei den Ausgaben kommt es trotz des geplanten Verkaufs der Forderungen der Postbeamtenversorgungskasse zu einem weiteren Anstieg, weil die Zinszahlungen weiter kräftig steigen und die Einmaleffekte der Gesundheitsreform entfallen. Daneben wird das Inkrafttreten der Hartz-IV-Reform per saldo eine Entlastung von rund einer Mrd. € bewirken. Dies führt zu einem erwarteten Defizit von knapp 70 Mrd. € , was noch immer 3,1 % des für das Jahr 2005 prognostizierten nominalen Bruttoinlandprodukts entspricht.

Insgesamt ist trotz des eingeleiteten Sparpakets der Bundesregierung eine vierte Verletzung des Defizitkriteriums sehr wahrscheinlich, sofern nicht von Seiten der Politik weiter ernsthaft gegengesteuert wird. Statt punktueller Erfolge durch Einmaleffekte und Verschiebung von Lasten in die Zukunft ist nach wie vor eine nachhaltige Haushaltskonsolidierung erforderlich. Ohne die von der Bundesregierung einkalkulierten Zahlungen der Landesbanken und der finanziellen Transaktionen bezüglich der Postbeamtenversorgungskasse würde sich im Jahr 2005 sogar ein Defizit von 3,4 % des Bruttoinlandsprodukts einstellen.

abgeschlossen am 19. 01. 2005

Tabelle 2: Konjunkturprognose Bundesrepublik Deutschland. Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	2003 [a]	2004 [a]	2005 [b]
1. Entstehung des Inlandsprodukts			
Veränderung in % p. a.			
Erwerbstätige im Inland	–1,0	0,3	0,4
Arbeitszeit (arbeitstäglich)	0,1	–0,6	0,2
Arbeitstag [c]	0,1	1,5	–0,7
Arbeitsvolumen (kalendermonatlich)	–0,8	1,2	–0,1
Produktivität [d]	0,7	0,4	1,3
BIP in Preisen von 1995	–0,1	1,7	1,2
2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen			
a) Mrd. €			
Private Konsumausgaben [e]	1.255,3	1.271,0	1.298,5
Konsumausgaben des Staates	408,5	406,8	408,6
Anlageinvestitionen	379,8	377,2	382,6
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	171,5	171,5	178,0
Bauten	208,3	205,7	204,6
Vorratsveränderungen [f]	–7,6	6,4	8,8
Letzte inländische Verwendung	2.036,0	2.061,4	2.098,5
Außenbeitrag	92,2	116,8	121,3
Exporte	769,3	832,0	876,4
Importe	677,1	715,2	755,1
Bruttoinlandsprodukt	2.128,2	2.178,2	2.219,8
b) Veränderung in % p. a.			
Private Konsumausgaben [e]	1,1	1,3	2,2
Konsumausgaben des Staates	0,8	–0,4	0,4
Anlageinvestitionen	–3,1	–0,7	1,4
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	–2,8	0,0	3,8
Bauten	–3,3	–1,2	–0,6
Letzte inländische Verwendung	1,2	1,2	1,8
Exporte	1,0	8,2	5,3
Importe	1,5	5,6	5,6
Bruttoinlandsprodukt	1,0	2,3	1,9

	2003[a]	2004[a]	2005[b]
3. Verwendung des Inlandsprodukts in Preisen von 1995			
a) Mrd. €			
Private Konsumausgaben[e]	1.132,5	1.129,4	1.137,9
Konsumausgaben des Staates	390,2	391,8	393,5
Anlageinvestitionen	389,1	386,4	390,3
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	179,0	181,5	188,4
Bauten	210,1	204,9	201,9
Vorratsveränderungen[f]	–18,1	–4,6	–2,2
Letzte inländische Verwendung	1.893,7	1.903,0	1.919,5
Außenbeitrag	91,5	115,2	122,4
Exporte	740,0	800,7	840,4
Importe	648,5	685,5	718,1
Bruttoinlandsprodukt	1.985,2	2.018,2	2.041,8
nachrichtlich:			
Bruttonationaleinkommen	1.973,4	2.010,1	2.033,8
b) Veränderung in % p. a.			
Private Konsumausgaben[e]	0,0	–0,3	0,8
Konsumausgaben des Staates	0,1	0,4	0,4
Anlageinvestitionen	–2,2	–0,7	1,0
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	–0,9	1,4	3,8
Bauten	–3,2	–2,5	–1,5
Letzte inländische Verwendung	0,5	0,5	0,9
Exporte	1,8	8,2	5,0
Importe	4,0	5,7	4,8
Bruttoinlandsprodukt	–0,1	1,7	1,2
nachrichtlich:			
Bruttonationaleinkommen	0,1	1,9	1,2
4. Preisniveau (1995=100)			
Veränderung in % p. a.			
Private Konsumausgaben[e]	1,0	1,5	1,4
Konsumausgaben des Staates	0,7	–0,8	0,0
Anlageinvestitionen	–0,9	0,0	0,4
Ausrüstungen und sonstige Ausgaben	–1,9	–1,3	0,0
Bauten	–0,1	1,3	0,9
Exporte	–0,8	0,0	0,4
Importe	–2,4	–0,1	0,8
Bruttoinlandsprodukt	1,1	0,7	0,7

	2003[a]	2004[a]	2005[b]
5. Einkommensentstehung und -verteilung			
a) Mrd. €			
Arbeitnehmerentgelt	1.132,2	1.132,3	1.143,7
Arbeitgeberbeiträge	222,4	221,6	223,0
Bruttolöhne und -gehälter	909,8	910,7	920,8
Arbeitnehmerbeiträge	148,7	149,6	153,8
Lohnsteuer	170,6	160,9	157,7
Nettolöhne und -gehälter	590,5	600,2	609,3
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	437,1	484,0	503,5
Volkseinkommen	1.569,3	1.616,4	1.647,3
Abschreibungen	318,3	321,9	328,1
Produktions- und Importabgaben abz. Subventionen	226,7	230,6	235,0
Bruttonationaleinkommen	2.114,2	2.168,8	2.210,4
b) Veränderung in % p. a.			
Arbeitnehmerentgelt	0,2	0,0	1,0
Bruttolöhne und -gehälter	–0,2	0,1	1,1
Nettolöhne und -gehälter	–0,8	1,6	1,5
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	1,2	0,1	0,8
Nettolöhne und -gehälter je Beschäftigten	0,5	1,7	1,3
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	3,5	10,7	4,0
Volkseinkommen	1,1	3,0	1,9
Abschreibungen	0,5	1,1	1,9
Produktions- und Importabgaben abz. Subventionen	3,2	1,7	1,9
Bruttonationaleinkommen	1,2	2,6	1,9
6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte			
a) Mrd. €			
Nettolöhne und -gehälter	590,5	600,2	609,3
Monetäre Sozialleistungen	450,8	455,2	457,1
Übrige Primäreinkommen	460,8	468,5	497,0
Sonstige Transfers	–35,4	–35,1	–39,0
Abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	76,9	81,1	84,3
Verfügbares Einkommen	1.389,8	1.407,7	1.440,2
Zunahme betriebl. Versorgungsansprüche	16,6	18,4	19,2
Private Konsumausgaben[e]	1.255,3	1.271,0	1.298,5
Sparen	151,1	155,1	160,9
Sparquote[g]	10,7	10,9	11,0
b) Veränderung in % p. a.			
Nettolöhne und -gehälter	–0,8	1,6	1,5
Monetäre Sozialleistungen	2,6	1,0	0,4
Übrige Primäreinkommen	1,0	1,7	6,1
Verfügbares Einkommen	1,2	1,3	2,3
Private Konsumausgaben[e]	1,1	1,3	2,2
Sparen	3,3	2,6	3,8

	2003[a]	2004[a]	2005[b]
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates			
a) Mrd. €			
Einnahmen			
Steuern	481,6	480,9	487,0
Sozialbeiträge	394,8	396,5	401,0
Vermögenseinkünfte	15,0	9,5	11,8
Sonstige Übertragungen	16,2	15,8	18,5
Vermögensübertragungen	8,8	9,5	9,4
Verkäufe	40,5	40,0	41,9
Sonstige Subventionen	0,6	0,5	0,4
Einnahmen insgesamt	957,5	952,2	970,0
Ausgaben			
Vorleistungen	83,9	85,2	85,7
Arbeitnehmerentgelte	167,9	165,9	165,1
Sonstige Produktionsabgaben	0,1	0,1	0,1
Vermögenseinkünfte (Zinsen)	66,7	67,0	69,7
Subventionen	28,9	28,1	27,2
Monetäre Sozialleistungen	419,8	423,9	425,6
Soziale Sachleistungen	167,3	165,5	169,4
Sonstige Transfers	38,2	39,4	36,1
Vermögenstransfers	35,6	33,2	32,1
Bruttoinvestitionen	31,9	30,2	29,8
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	–1,4	–1,7	–1,6
Ausgaben insgesamt	1.038,9	1.036,6	1.039,2
Finanzierungssaldo	–81,3	–84,5	–69,1
b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr			
Einnahmen			
Steuern	0,8	–0,1	1,3
Sozialbeiträge	1,4	0,4	1,1
Vermögenseinkünfte	–13,9	–36,7	23,8
Sonstige Übertragungen	5,7	–6,2	21,9
Vermögensübertragungen	1,0	8,5	–1,1
Verkäufe	–0,1	–1,4	5,0
Sonstige Subventionen	—	—	—
Einnahmen insgesamt	0,8	–0,6	1,9
Ausgaben			
Vorleistungen	–0,7	1,5	0,6
Arbeitnehmerentgelte	0,0	–1,2	–0,5
Sonstige Produktionsabgaben	—	—	—
Vermögenseinkünfte (Zinsen)	1,1	0,4	4,0
Subventionen	–6,3	–3,0	–3,1
Monetäre Sozialleistungen	2,5	1,0	0,4
Soziale Sachleistungen	2,3	–1,1	2,4
Sonstige Transfers	7,4	3,1	–8,3
Vermögenstransfers	2,8	–6,9	–3,2
Bruttoinvestitionen	–11,2	–5,4	–1,4
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	—	—	—
Ausgaben insgesamt	1,1	–0,2	0,3
nachrichtlich:			
Finanzierungssaldo in % des BIP	–3,8	–3,9	–3,1

a) Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. – b) Vorausschätzung des ifo Instituts; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. – c) Veränderung der Arbeitstage voll berücksichtigt. – d) Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995 je Erwerbstätigenstunde. – e) Konsumausgaben der privaten Haushalte und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck. – f) Einschließlich Nettozugang an Wertsachen. – g) Ersparnis in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme an betrieblichen Versorgungsansprüchen).

Quelle: Überarbeitete und gekürzte Fassung der ifo Konjunkturprognose von Dezember 2004.